

Zitierhinweis

Bühler, Werner: Rezension über: Laurent Warlouzet, Governing Europe in a Globalizing World. Neoliberalism and its Alternatives Following the 1973 Oil Crisis, London / New York: Routledge, 2018, in: ~ Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (bis 2021), 2020, 2, S. 276-277, DOI: 10.15463/rec.403625531



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Die Botschaft des Buches ist somit sehr ernüchternd: Soziale Ungleichheit scheint in absehbarer Zukunft für unsere modernen Gesellschaften schlicht der Preis für den weitgehenden Verzicht auf Gewalt zu sein. Doch folgt diese Erkenntnis tatsächlich aus den von Scheidel so eindrucksvoll wiedergegebenen Daten? Hier ergeben sich nach Ansicht des Rezensenten vor allem zwei Einwände, die sich gegen die Konzeption des Werks vorbringen lassen. Zum einen erweist sich der bewundernswerte globalhistorische Ansatz des Buchs gleichzeitig als seine methodisch größte Schwachstelle. Denn so überzeugend die im Einzelnen ins Feld geführten Beispiele auch sein mögen, bleibt ihre Auswahl doch im Großen und Ganzen unbegründet – abgesehen von der Tatsache, dass es sich häufig um die einzigen einigermaßen gut dokumentierten Fälle handeln dürfte. Damit wird sich der Autor aber den Vorwurf gefallen lassen müssen, dass die Beispiele nicht zuletzt auch danach ausgewählt wurden, wie sehr sie sich in das übergeordnete Narrativ fügten. Der zweite Kritikpunkt betrifft die Wahl der erklärenden Variablen. Wenn tatsächlich nur menschliche Gewalt oder gewaltige Pandemien das Ausmaß sozialer Ungleichheit zurückdrängen können, dann hätte es eines systematischeren Vergleichs mit friedlichen institutionellen Alternativen bedurft. Dies gilt umso mehr, als der Autor immer wieder betont, dass das spezifische Institutionengefüge letztlich dafür ausschlaggebend war, warum seine apokalyptischen Reiter manche Gesellschaften in weitaus stärkerem Maße heimsuchten als andere. Doch ändern diese Einwände nichts an der Tatsache, dass Scheidel ein bei allem Detailreichtum sehr lesenswertes Buch gelungen ist, das für die historische Ungleichheitsforschung der nächsten Jahrzehnte Maßstäbe setzen dürfte.

MICHAEL BUCHNER
Wiesbaden

VSWG 107, 2020/2, 276–277

Laurent Warlouzet

Governing Europe in a Globalizing World. Neoliberalism and its Alternatives following the 1973 Oil Crisis

(Routledge Studies on Government and the European Union 8), Routledge, London/ New York 2018, 274 S. (19 Abb.), £110,00.

Der Autor, Zeithistoriker mit den Schwerpunkten europäische Integration sowie Wirtschaftspolitik und seit September 2019 Professor für europäische Geschichte des 20. und 21. Jh.s. an der Pariser Sorbonne, konzentriert sich in seinem neuen Buch auf die Geschichte der europäischen Einigung zwischen der Ölkrise von 1973 und der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986. Mit diesen Zäsuren setzt er sich über alternative Periodisierungsvorschläge der Integrationsforschung hinweg, welche die 1970er Jahre entweder insgesamt als Phase der Eurosklerose deuten oder sie der auf die Jahre 1970 bis 1992 terminierten Konsolidierungsphase zuschlagen. Da es Warlouzet darauf ankommt, die Reaktion der wichtigsten westeuropäischen Staaten – Deutschland, Frankreich, Großbritannien – auf die in diesem Zeitraum merklich zunehmende Globalisierung zu analysieren, erscheint seine zeitliche Eingrenzung durchaus sinnvoll.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2020

Die Hauptthese des Buchs lautet, dass es keine unaufhaltsame Entwicklung in Richtung eines „neoliberalen“ Europa gegeben habe. Vielmehr hätten die Akteure – hier liegt der Fokus außer auf den drei Regierungen auf der Europäischen Gemeinschaft in Gestalt der Kommission sowie, sofern im Einzelfall von besonderer Bedeutung, auf den transnationalen Vertretungen der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften – zwischen drei „idealtypischen“ Modellen wählen können: einem „sozialen“, einem „neomerkantilistischen“ und einem „marktwirtschaftlichen“ (die „neoliberale“ Option versteht Warlouzetz als radikale Variante dieses Modells; S. 7 f.). Nachdem er in der Einleitung zunächst anhand einiger makroökonomischer Kennziffern verdeutlicht hat, inwiefern der Untersuchungszeitraum tatsächlich gekennzeichnet war von einem „Shock of the Global“, so der Titel eines einschlägigen Sammelbands, stellt er seine drei bzw. dreieinhalb Modelle in ihren historischen Kontext. Anschließend geht er in acht Kapiteln genauer auf die verschiedenen Modelle und die daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Konzepte ein, beispielsweise auf die Bemühungen zur Kontrolle multinationaler Konzerne oder zur Schaffung europäischer Hochtechnologie-„Champions“, auf die Kooperation im monetären Bereich, die Industrie- und die Wettbewerbspolitik. Teilweise, so Warlouzets Befund, erfolgte die Wahl der Europäischen Gemeinschaft als Handlungsebene auch aufgrund des Versagens konkurrierender Institutionen: Beispielsweise waren es im Fall der Bestrebungen um ein „soziales Europa“ und einen „tripartistischen Dialog“ zwischen Regierungen, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften auf europäischer Ebene die Defizite der International Labour Organization (ILO), die den Ausschlag zugunsten der EG gaben.

Warlouzets Buch besticht zum einen dadurch, dass es auf der Auswertung der wichtigsten Archive beruht: Dazu zählen neben denen der Europäischen Union in Brüssel und Florenz und der ILO in Genf insbesondere die Nationalarchive Frankreichs und Großbritanniens sowie das Bundesarchiv in Koblenz, ferner Archivmaterialien einiger nationaler und transnationaler Unternehmerverbände und Gewerkschaften. Und er stützt seine Analyse überdies größtenteils auf diese archivalischen Quellen, ohne freilich die einschlägige Literatur zu ignorieren. Aus dieser Quellenorientierung resultiert der zweite große Vorzug der Arbeit: die differenzierte Rekonstruktion der Diskussions- und Entscheidungsprozesse auf nationaler und europäischer Ebene, zum Beispiel im Zusammenhang mit der so genannten Vredeling-Richtlinie über die Informations- und Mitspracherechte der Belegschaften multinationaler Konzerne. Sehr detailliert fällt auch die Darstellung der Auseinandersetzung über eine europäische Industriepolitik aus: Hier kann der Autor zeigen, dass die deutsche Seite, obwohl sie offiziell dagegen opponierte, gleichwohl eine Art „impliziter Industriepolitik“ praktizierte (S. 104 f.). Der Bundesregierung attestiert Warlouzetz übrigens, dass sie keineswegs zögerte, nationale Interessen deutlich zu artikulieren und zu verfolgen – allerdings: „the German government was not dominating Europe“ (S. 224). Alles in allem eine Arbeit, die mit ihrer Materialfülle und ihren präzisen Beobachtungen die Integrationsforschung enorm bereichert.

WERNER BÜHRER
München

